



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Stellungnahme Nr. 13/2017

März 2017

Registernummer: 25412265365-88

Ergänzende Stellungnahme zu den Antworten auf den Fragenkatalog im Rahmen der Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte

Mitglieder des Ausschusses Europa

Rechtsanwalt und Notar Kay-Thomas Pohl, Vorsitzender

Rechtsanwalt Dr. Martin Abend, LL.M.

Rechtsanwalt Dr. Hans-Joachim Fritz

Rechtsanwältin Dr. Margarete Gräfin von Galen

Rechtsanwalt Andreas Max Haak

Rechtsanwalt Dr. Frank J. Hospach

Rechtsanwalt Guido Imfeld

Rechtsanwalt Dr. Georg Jaeger, Berichterstatter

Rechtsanwalt Dr. Stefan Kirsch

Rechtsanwalt Dr. Christian Lemke

Rechtsanwalt Andreas von Máriássy

Rechtsanwalt Dr. Jürgen Martens

Rechtsanwältin Dr. Kerstin Niethammer-Jürgens

Rechtsanwalt Dr. Hans-Michael Pott

Rechtsanwalt Jan K. Schäfer

Rechtsanwalt Dr. Thomas Westphal

Rechtsanwältin Dr. Heike Lörcher, Bundesrechtsanwaltskammer

Rechtsanwältin Hanna Petersen, Bundesrechtsanwaltskammer

Rechtsanwältin Doreen Göcke, Bundesrechtsanwaltskammer

Rechtsanwältin Katrin Grünewald, Bundesrechtsanwaltskammer

Mitglieder des Ausschusses Arbeitsrecht

Rechtsanwalt Dr. Georg Jaeger, Vorsitzender (Berichterstatter)

Rechtsanwalt Dr. Ulrich Boudon

Rechtsanwalt Marc André Gimmy

Rechtsanwalt Dr. Hermann Heinrich Haas

Rechtsanwältin Angela Leschnig

Rechtsanwältin Dr. Anja Mengel, LL.M.

Rechtsanwalt Igor Münter

Rechtsanwalt Dr. Peter Rambach

Rechtsanwalt Dr. Stefan Sasse

Bundesrechtsanwaltskammer

The German Federal Bar
Barreau Fédéral Allemand
www.brak.de

Büro Berlin – Hans Litten Haus

Littenstraße 9 Tel. +49.30.28 49 39 - 0
10179 Berlin Fax +49.30.28 49 39 - 11
Deutschland Mail zentrale@brak.de

Büro Brüssel

Avenue des Nerviens 85/9 Tel. +32.2.743 86 46
1040 Brüssel Fax +32.2.743 86 56
Belgien Mail brak.bxl@brak.eu

Rechtsanwalt Ralph Stichler
Rechtsanwalt Dr. Thomas Weckbach
Rechtsanwältin Dr. Gerlind Wisskirchen

Rechtsanwältin Christina Hofmann, Bundesrechtsanwaltskammer

Verteiler: Europa

Europäische Kommission
Europäisches Parlament
Rat der Europäischen Union
Ständige Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland bei der EU
Justizreferenten der Landesvertretungen
Rat der Europäischen Anwaltschaften (CCBE)
Europäische Bürgerbeauftragte

Deutschland

Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages
Unterausschuss Europarecht des Deutschen Bundestages
Innenausschuss des Deutschen Bundestages
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Deutscher Richterbund
Deutscher Notarverein
Bundesnotarkammer
Deutscher Anwaltverein
Bundessteuerberaterkammer
Patentanwaltskammer
Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Bundesverband der Deutschen Industrie
Bundesingenieurkammer

Die Bundesrechtsanwaltskammer ist die Dachorganisation der anwaltlichen Selbstverwaltung in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Rechtsanwaltskammern und damit der gesamten Anwaltschaft der Bundesrepublik Deutschland mit etwa 164.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten gegenüber Behörden, Gerichten und Organisationen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

1. Vorbemerkung

Die Bundesrechtsanwaltskammer hat am 23. Dezember 2016 ihre Antworten zu den einzelnen Punkten des Fragenkatalogs übersandt, welcher im Rahmen der Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte durch die Europäische Kommission erstellt wurde.

Es ist der Bundesrechtsanwaltskammer ein Anliegen, ergänzend zu diesen Antworten auf den Fragenkatalog noch folgende Stellungnahme abzugeben, da auf die nachfolgend behandelten Punkte bei den zur Auswahl gestellten Antworten nicht eingegangen werden konnte:

- 1.1 Es sei bereits vorab darauf verwiesen, dass die Ziele, welche in den drei Hauptbereichen des Entwurfs der europäischen Säule sozialer Rechte verfolgt werden, grundsätzlich durch die Bundesrechtsanwaltskammer befürwortet werden. Dies wurde bereits durch die zustimmenden Antworten auf die einzelnen Fragen des hierzu erstellten Fragenkatalogs zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesrechtsanwaltskammer hat bei der vorliegenden Stellungnahme auch den Rechtscharakter der vorgesehenen europäischen Säule sozialer Rechte berücksichtigt, wonach diese Säule als Bezugsrahmen im Sinne eines Leistungsscreenings der teilnehmenden Mitgliedsstaaten im Beschäftigungs- und Sozialbereich dienen und daher keine unmittelbare Rechtswirkung entfalten, sondern im Sinne von Empfehlungen für die Mitgliedsstaaten einen Kompass zur Orientierung geben soll.

1.2 Diese grundsätzlichen Positionen vorangestellt, sei darauf verwiesen, dass in einigen Punkten die angestrebten Ziele über den erforderlichen Schutz hinausgehen bzw. weiterer flankierender Maßnahmen bedürften; dies gilt insbesondere für folgende Punkte des vorläufigen Entwurfs einer europäischen Säule sozialer Rechte:

a. Im Kapitel "Faire Arbeitsbedingungen" wird unter Ziff. 7 lit. c) als Zielvorgabe genannt, dass die Kündigung gegenüber beschäftigten Personen einer Begründungspflicht unterliegen soll, eine angemessene Kündigungsfrist voraussetzt und die Kündigung mit einer angemessenen Abfindung verbunden sein soll.

Bedenklich erscheint in diesem Zusammenhang die dritte Zielvorgabe, wonach Kündigungen generell mit einer Abfindung verbunden sein sollen. Demgegenüber hat das nationale deutsche Arbeitsrecht gute und insbesondere praxisbewährte Erfahrung mit einem differenzierten System des Kündigungsschutzes, der eine Bereichsausnahme insbesondere für Kleinbetriebe (bis zu 10 Beschäftigten) und für die ersten 6 Monate des Arbeitsverhältnisses (= Probezeit) vorsieht. Beide Instrumente wirken sich im Sinne einer Förderung von Einstellungen aus und würden sich voraussichtlich eher in das Gegenteil verkehren, wenn für Arbeitgeber von vorneherein feststünde, dass eine Kündigung (auch nach kurzer Beschäftigungsdauer und auch in Kleinbetrieben) generell zur Verpflichtung einer Abfindungszahlung führt. In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Zahl der in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer einen erheblichen Anteil der Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik Deutschland ausmacht. Europaweite Zielvorgaben für faire Arbeitsbedingungen sollten überdies den Zusammenhang zwischen Zahlungsansprüchen aus dem Arbeitsverhältnis einerseits und den von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat höchst unterschiedlichen Ansprüchen der Arbeitnehmer aus den jeweiligen Sozialversicherungssystemen andererseits in den Blick nehmen.

b. Im Kapitel "Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang" wird unter Ziff. 2 lit. b) als Ziel genannt, dass flexible Beschäftigungsbedingungen zwar als „Türöffner für den Arbeitsmarkt“ anerkannt werden, jedoch der Übergang zu unbefristeten Verträgen zu gewährleisten ist.

Auch hier bestehen Bedenken, ob diese Zielvorgabe in ihrer generellen Geltung gerechtfertigt ist. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass – insbesondere im Dienstleistungssektor – ein erheblicher Anteil projektbezogener Tätigkeiten festzustellen ist, welche notwendigerweise eine Befristung im Hinblick auf das jeweilige Projekt erfordern. Der Gefahr einer Umgehung des Kündigungsschutzes kann nach den Erfahrungen des deutschen Arbeitsrechts dadurch wirksam begegnet werden, dass die Zulässigkeit der Befristung – überprüfbar durch die Arbeitsgerichtsbarkeit – an das Vorliegen eines Sachgrundes geknüpft ist. Dieses Regime, das Flexibilität mit Vorsorge gegenüber einer Umgehung des Kündigungsschutzes verbindet trägt zu dem hohen Niveau der Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland –neben vielen anderen Faktoren– bei.

c. Im Kapitel „Angemessener und nachhaltiger Sozialschutz“ wird unter Ziff. 12 lit. c) im Krankheitsfall für alle Beschäftigten, unabhängig von der Art ihres Vertrages, eine Geldleistung in angemessener Höhe vorgesehen.

Dieses Ziel ist grundsätzlich zu befürworten, bedarf jedoch einer weiteren Differenzierung, durch wen die Entgeltleistung bzw. Entgeltersatzleistung im Krankheitsfall gewährt werden soll. Der Hinweis im folgenden Satz von Ziff. 12 lit. c), wonach die Einbeziehung selbständig Erwerbstätiger in die Krankenversicherung gefördert werden soll, deutet darauf hin, dass die Geldleistungen im Krankheitsfall durch den zuständigen Träger der Sozialversicherung erbracht werden sollen. Dies setzt dann allerdings voraus, dass in dem jeweiligen Mitgliedstaat eine generelle Beitragspflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung für alle Berufsgruppen, einschließlich der Selbständigen, besteht, damit die Träger der Krankenversicherung über das erforderliche finanzielle Leistungsvolumen zur Erbringung von Geldleistungen für den Vergütungsausfall im Krankheitsfall verfügen.

2. Antworten auf die Konsultation

Siehe Anlage.

I. Fragen für die Konsultation

Zur sozialen Lage und zum sozialen Besitzstand der EU

1. Welches sind Ihrer Ansicht nach die dringendsten Prioritäten in den Bereichen Beschäftigung und Soziales?

1. Die Anpassung der arbeitsrechtlichen Vorschriften in Bezug auf die technologischen Entwicklungen, die in allen Arbeitsbereichen zu beobachten sind (industrielle Produktion und Dienstleistungen).
2. Schaffung von EU-weiten, arbeitsrechtlichen Standards, um Sozialdumping zu vermeiden.

2. Wie können wir den unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales in Europa Rechnung tragen?

Die unterschiedlichen Situationen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales verhalten sich im gleichen Verhältnis wie die Unterschiede bei den Qualifikationen der Beschäftigten aus den verschiedenen EU-Ländern. Aus diesem Grund sollten die EU-weiten Programme zur Unterstützung von professionellen Qualifikationen in EU-Ländern mit niedrigen arbeitsrechtlichen und sozialen Standards ausgeweitet werden.

3. Ist der Besitzstand der EU auf dem neuesten Stand, und sehen Sie Spielraum für weitere Maßnahmen auf EU-Ebene?

Es ist davon auszugehen, dass der Besitzstand der Europäischen Union (Acquis) auf dem neuesten Stand ist und die wichtigen Ziele umfasst, sodass keine weiteren Maßnahmen notwendig erscheinen.

Zur Zukunft der Arbeit und der Wohlfahrtssysteme

4. Welche Trends haben Ihrer Meinung nach die größte umgestaltende Wirkung? [Bitte wählen Sie höchstens drei aus der nachstehenden Liste aus]

- Demografische Trends (z.B. Alterung der Bevölkerung, Migration)
- Wandel der Familienstrukturen
- Veränderter Bedarf an Kenntnissen und Fertigkeiten
- Technologischer Wandel
- Zunehmender globaler Wettbewerb
- Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt
- Neue Arbeitsformen
- Ungleichheiten
- Sonstige

5. Was wären die wichtigsten Risiken und Chancen im Zusammenhang mit solchen Trends?

6. Gibt es Strategien, Einrichtungen oder Unternehmenspraktiken – bestehende oder sich neu entwickelnde –, die Sie als Referenz empfehlen würden?

Ohne eine bestimmte Institution oder Firma zu nennen, ist allgemein bekannt, dass Firmen im IT-Sektor effiziente Programme und Verfahren entwickelt haben, die auf die technologischen Entwicklungen im Bereich der Arbeitsbedingungen reagieren und wirkungsvolle Arbeitsmodelle vorstellen, mit denen berufliche und familiäre Ziele vereint werden können.

Zur europäischen Säule sozialer Rechte

7. Stimmen Sie dem hier beschriebenen Konzept für eine europäische Säule sozialer Rechte zu?

- Ich stimme voll und ganz zu
- Ich stimme zu
- Ich stimme nicht zu
- Ich stimme überhaupt nicht zu

8. Stimmen Sie dem Anwendungsbereich der Säule und den hier vorgeschlagenen Politikfeldern und Grundsätzen zu? (*Wenn Sie sich ausführlicher zu einem oder mehreren der 20 Politikfelder der Säule äußern möchten, können Sie dies unten im Abschnitt „Ausführliche Kommentare zu den Politikfeldern“ tun.*)

	Ich stimme voll und ganz zu	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Ich stimme überhaupt nicht zu
1. Fertigkeiten, Bildung und lebenslanges Lernen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Flexible und sichere Arbeitsverträge	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Sichere Berufsübergänge	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Chancengleichheit	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. Beschäftigungsbedingungen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Löhne und Gehälter	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9. Arbeitsschutz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11. Integrierte soziale Leistungen und Dienste	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12. Gesundheitsversorgung und Krankenleistungen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13. Renten und Pensionen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14. Arbeitslosenleistungen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15. Mindesteinkommen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. Leistungen für Menschen mit Behinderung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17. Langzeitpflege	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18. Kinderbetreuung	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19. Wohnraum	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
20. Zugang zu essenziellen Dienstleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Welche Politikfelder und Grundsätze wären im Rahmen einer erneuten Konvergenz innerhalb des Euro-Raums am wichtigsten? (Bitte höchstens fünf auswählen.)

- 1. Fertigkeiten, Bildung und lebenslanges Lernen
- 2. Flexible und sichere Arbeitsverträge
- 3. Sichere Berufsübergänge
- 4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung
- 5. Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
- 6. Chancengleichheit
- 7. Beschäftigungsbedingungen
- 8. Löhne und Gehälter
- 9. Arbeitsschutz
- 10. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten
- 11. Integrierte soziale Leistungen und Dienste
- 12. Gesundheitsversorgung und Krankenleistungen
- 13. Renten und Pensionen
- 14. Arbeitslosenleistungen
- 15. Mindesteinkommen
- 16. Leistungen für Menschen mit Behinderung
- 17. Langzeitpflege
- 18. Kinderbetreuung
- 19. Wohnraum
- 20. Zugang zu essentiellen Dienstleistungen

10. Wie sollten diese zum Ausdruck gebracht und konkretisiert werden? Könnten Ihrer Meinung nach Mindeststandards oder Referenzkriterien für bestimmte Bereiche angewandt werden und einen Mehrwert darstellen, und wenn ja, welche?

Mindeststandards, die in allen EU-Ländern gleichmäßig gelten, können einen Mehrwert darstellen und sich positiv auf wichtige Arbeitsbereiche (beispielsweise den Bausektor oder den Transportsektor) auswirken. Somit kann Sozialdumping innerhalb der Europäischen Union vermieden werden.

Ausführliche Kommentare zu den Politikfeldern

Wenn Sie sich ausführlicher zu den Politikfeldern der Säule äußern möchten, wählen Sie bitte in der nachstehenden Liste das Politikfeld/die Politikfelder aus und füllen Sie die zugehörigen Tabellen aus.

- 1. Fertigkeiten, Bildung und lebenslanges Lernen
- 2. Flexible und sichere Arbeitsverträge
- 3. Sichere Berufsübergänge
- 4. Aktive Unterstützung für Beschäftigung

- 5. Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
- 6. Chancengleichheit
- 7. Beschäftigungsbedingungen
- 8. Löhne und Gehälter
- 9. Arbeitsschutz
- 10. Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten
- 11. Integrierte soziale Leistungen und Dienste
- 12. Gesundheitsversorgung und Krankenleistungen
- 13. Renten und Pensionen
- 14. Arbeitslosenleistungen
- 15. Mindesteinkommen
- 16. Leistungen für Menschen mit Behinderung
- 17. Langzeitpflege
- 18. Kinderbetreuung
- 19. Wohnraum
- 20. Zugang zu essentiellen Dienstleistungen

1. Fertigkeiten, Bildung und lebenslanges Lernen

	Ich stimme voll und ganz zu	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Ich stimme überhaupt nicht zu
Stimmen Sie den beschriebenen Herausforderungen zu?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ist der Grundsatz geeignet, diese Herausforderungen zu bewältigen?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sollte die EU Maßnahmen ergreifen, um diesen Grundsatz zu verwirklichen?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Flexible und sichere Arbeitsverträge

	Ich stimme voll und ganz zu	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Ich stimme überhaupt nicht zu
Stimmen Sie den beschriebenen Herausforderungen zu?	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ist der Grundsatz geeignet, diese Herausforderungen zu bewältigen?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sollte die EU Maßnahmen ergreifen, um diesen Grundsatz zu verwirklichen?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

5. Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

	Ich stimme voll und ganz zu	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Ich stimme überhaupt nicht zu
Stimmen Sie den beschriebenen Herausforderungen zu?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ist der Grundsatz geeignet, diese Herausforderungen zu bewältigen?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sollte die EU Maßnahmen ergreifen, um diesen Grundsatz zu verwirklichen?	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>